

## Europa in Gefahr?

5 Bringt die Eurokrise das Projekt Europäische Einigung in Gefahr? Wenn der Euro-  
raum wieder auseinanderbricht, verlieren wir dann und dadurch alle Errungen-  
schaften des europäischen Einigungswerkes seit dem Zweiten Weltkrieg?

10 Die Frage unterstellt, dass die Europäische Einigung nur in eine Richtung gehen  
kann - vorwärts. Die Erfahrung unterstützt diese Befürchtung nicht. Als der fran-  
zösisch Präsident de Gaulle 1965/66 die Ministerratssitzungen der Europäischen  
15 Gemeinschaften von seinem Kabinett boykottieren ließ, ist Europa darüber auch  
nicht auseinander gebrochen. Er setzte damit auch Vetomöglichkeiten der Natio-  
nalstaaten durch – und damit einen Rückschritt auf dem Weg der Integration. Ja  
die Einigung Europas ging mit einem Fehlschlag los: Der Europäischen Verteidi-  
gungsgemeinschaft EVG. Sie war unter den Regierungen beschlossene Sache, um  
20 Westdeutschland in das westliche Militärbündnis einzugliedern, ohne die westli-  
chen ehemaligen Kriegsgegner zu schrecken. Das Französische Parlament lehnte  
diese damit verbundene Selbstbindung brüsk ab. Die EGKS und EWG wurden  
dennoch gegründet und weiterentwickelt. Die Gefahr, die heraufbeschworen wird,  
dass bei einer Verkleinerung des Euroraumes oder dessen Auseinanderbrechen  
die Einigung Europas und alle Errungenschaften in Fetzen fliegen, ist eine reine  
25 Behauptung ohne Beweis oder Plausibilität. Die Erfahrungen mit der EWWU (Eu-  
ropäischen Wirtschafts- und Währungsunion), dem EWS und der Währungs-  
schlange, die alle eine feste Bindung von europäischen Währungen aneinander  
beinhalten, beweist das Gegenteil. Sie flogen auseinander, und Europa blieb  
trotzdem bestehen und konnte weiter entwickelte werden. Ähnliches gilt auch für  
30 das Währungssystem von Bretton Woods. Es herrschten in ihm feste Wechselkur-  
se gegenüber dem Dollar und damit auch untereinander. Es war ein Währungsge-  
biet mit fest aneinander gebundenen Währungen und eine politische Allianz des  
Westens. Das Währungssystem brach 1971 auseinander, auch weil die USA ihren  
Zahlungsverpflichtungen in Gold nicht mehr nachkommen konnten<sup>1</sup>. Alle anderen  
35 Institutionen des Westens blieben erhalten: NATO, Europarat, OECD, GATT usw.  
Besonders dramatisch bringt ja der ehemalige Außenminister Joschka Fischer die  
Dominotheorie vor, nach der mit dem Fallen eines Steines aus den europäischen  
Einigungsverträgen alle weiteren Steine umkippen würden. Auch er behauptet das  
nur emphatisch. Wir hatten schon lange ein Europa der zwei oder mehr Ge-  
40 schwindigkeiten der Integration. Wenn nun der Vorstoß einer Gruppe – hier die  
der Euroländer –, die sich besonders weit vorgewagt hatten, ohne das Feld dafür  
bereit zu haben, ihren Versuch wieder zurück nehmen, wie ihre ähnlichen Ver-  
suche davor auch, dann brechen weder die Welt, noch Europa, höchstens ein paar  
Banken zusammen. Wenn nach diesen Horrorszenarien nicht einmal ein kleines  
45 Griechenland pleitegehen darf, weil sonst Europa und die ganze Weltwirtschaft  
zusammenbräche und der Himmel einstürzte, dann darf es ja in gar keinem Land  
mehr zu Zahlungsausfällen kommen, geschweige denn in so großen wie Italien  
oder Spanien. Wenn aber mit dieser „rühr mich nicht an“ Argumentation alle Gläu-  
biger und alle Banken und Staaten für systemrelevant erklärt und ihre Guthaben  
damit garantiert und geschützt werden, dann gibt es für Kreditaufnahmen kein  
Halten mehr und keine Prüfung von realistischen Leistungsmöglichkeiten der  
Schuldner mehr. Die Gebaren der US amerikanischen Banken, die jedem ein Haus  
unabhängig von deren Einkommen und Zahlungsfähigkeit finanzierten wird zum

---

<sup>1</sup> Die Bundesrepublik hat damals auch erhebliche Verluste hingenommen, indem die Bundesbank ihre Dollarberge nicht in Gold umtauschte - natür-  
lich nach Absprache der Bundesregierung in Bonn mit der in Washington. Die Bundesbank nahm daher durch die anschließende Abwertung des US\$  
bewusst einen hohen Milliardenverlust ihrer Forderungen an die USA in Kauf. Frankreich hat das nicht getan sondern seine \$ - Zentralbankguthaben  
in Gold umgetauscht, obwohl der Vietnamkrieg, der diese Abwertung des \$ doch bewirkt hatte, die Fortsetzung des französischen Kolonialkrieges  
war.

allgemeinen Standard erklärt. Jeder kann zocken so viel er will. Die Steuerzahler übernehmen alles. Aber irgendwann sind auch die Garantiegeber, in diesem Fall die Euroländer und die EZB überfordert, die sprunghaft steigenden Lasten auf ihre Bürger abzuwälzen. Das System würde bzw. wird spätestens dann gesprengt werden. Und dann kommt es wirklich zu einer großen Pleite.

Allerdings wäre gut, wenn sich die Völker und Institutionen abseits der aktuellen Krisengipfel Gedanken darüber machen würden und sich darüber einigen könnten, was sie mit Europa erreichen wollen. Darüber gibt es keine gemeinsame Vorstellung oder auch Vision und damit fehlt eine gemeinsame Grundlage der Verständigung. Gerade die neuen Mitgliedsländer besonders im Osten erfreuen sich ja zunächst ihrer endlich wieder gewonnenen nationalen Souveränität – und darunter gerade auch so zentrale Länder wie Tschechien und Polen. Sie schon wieder einem System mit eingeschränkter Souveränität unterzuordnen, wäre eine voreilige Forderung. Sie funktioniert auch nicht, wie man an den Fehlschlägen zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik zu kommen, leicht erkennen kann, obwohl es für die Außenpolitik der Gemeinschaft neuerdings auch einen Posten gibt, der mit der Engländerin Ashton besetzt ist.

Als typisch Deutscher meiner Generation, der noch von den schrecklichen europäischen Kriegen des vergangenen Jahrhunderts geprägt ist, will ich hier versichern, dass mir die Idee einer gleichberechtigten Einigung der Staaten Europas, wodurch Kriege unter ihnen im Inneren undenkbar werden, und das die Menschenrechte für seine Einwohner verwirklicht und schützt, eines der höchsten außenpolitischen Ziele ist. Gleichzeitig ist aber auch klar, ein Europa mit den jetzt erreichten Grenzen, den 27 Mitgliedsstaaten und vielleicht demnächst noch mehr, kann auf absehbare Zeit nichts anderes als ein lockerer Staatenbund sein, vielleicht kaum viel mehr als eine Freihandelszone und Garant der Grundwerte für seine Bürger. Und das ist bei den unterschiedlichen Entwicklungsständen der Volkswirtschaften in den einzelnen Ländern auch schon vielleicht zu viel verlangt.

Einige zurückgebliebene Gegenden haben ohne Schutzmaßnahmen kaum die Möglichkeit, einen Entwicklungsstand zu erreichen, um unter Bedingungen des freien Wettbewerbs auch nur den Lebensunterhalt für die dort lebende Bevölkerung zu erwirtschaften. Die eigene Währung reicht mit ihren selektiven Schutzmechanismen allein nicht in jedem Falle aus, eine umfassende Entwicklung zu ermöglichen. Die Zahlungen aus den verschiedenen Töpfen der EU haben eben auch nicht die Dilemmata dieser Volkswirtschaften beseitigen können. Die erzwungene Auswanderung und z.T. Entvölkerung von Gebieten ist keine Verwirklichung des Ideals der Freizügigkeit. Die Einführung einer europäischen Wirtschaftsregierung für alle Mitgliedsstaaten wäre schädlich. Die Fortentwicklung zu einem Bundesstaat, sozusagen einer großen Bundesrepublik oder der Vereinigten Staaten von Europa USE, ist einstweilen völlig ausgeschlossen und abzulehnen, weil sie zu inneren Widersprüchen und Entwicklungshemmnissen führen würde, die ihrerseits das Projekt Europa zerstören müssten. Den Posten eines europäischen Wirtschaftsministers einzurichten wäre daher eine teure und schädliche Fehlinvestition.

Dies gilt auch jetzt schon für den Euroraum. Er ist falsch konstruiert. Er muss aufgelöst werden. Er stellt eine Gefahr für die Errungenschaften des bisherigen Einigungsprozesses dar. Die stärker werdenden nationalistischen Bewegungen und rechtspopulistischen Parteien in immer mehr Mitgliedsländern Europas und des Euroraumes sind nur ein Wetterleuchten der heraufziehenden Gewitter, die selbst die Grundlagen dieses Einigungswerkes wieder unterspülen könnten. Am gravierendsten ist die zwei Drittel Mehrheit der Rechtspopulisten in Ungarn mit deren außenpolitisch aggressivem Verhalten gegenüber seinen Nachbarn zu bewerten. Das Auseinanderfallen Jugoslawiens nach dem Ende des Tito – Regimes in feindliche Teilrepubliken ist ein Menetekel, das auch für Europa droht, wenn auf der Basis unterdrückter Wahrheiten und darüber geschmierter scheinbar

schöner Ideologien und nicht verwirklichter Ziele der Laden eine Zeit lang zusammen gehalten wird. Nein, Europa regiert sich nicht zunehmend in die Herzen der Bürger hinein. Europa wird nicht als Lösung der Probleme begriffen, vor die sich die Bürger gestellt sehen. Das war bei den nationalen Einigungsbewegungen des 19. Jh. anders. Die Freizügigkeit – das am stärksten von vielen erfahrene Grundrecht und positive Erlebnis, das durch Europa im Schengen Raum ermöglicht wurde, wird gerade wieder eingeschränkt. Für die Armen galt und gilt es ohnehin nicht: Es gibt keine Freizügigkeit für Sozialhilfeempfänger, sondern nur für die, die für ihren eigenen Lebensunterhalt im jeweiligen Gebiet sorgen können. Für viele ist die Grundfreiheit aber zu einem Wanderungszwang geworden. Da aber gerade für die Notleidenden die Arbeitsmärkte der reicheren Länder erst mit großer Verzögerung und weit nach der Öffnung der Waren- und Kapitalmärkte geöffnet wurden, sind diese Wanderung der Arbeitnehmer / Arbeitskräfte auch verbunden mit Erfahrungen der Diskriminierung und Ausbeutung. Gegen Diskriminierung z.B. der Roma wird fast nichts unternommen. Für die Anerkennung und den Schutz der Grundrechte von nationalen und sprachlichen Minderheiten setzt sich die EU nur für so kleine Gruppen wie Sorben und Dänen, nicht aber für so große Gruppen wie Türken oder Polen ein.

Europa erweist sich in der Eurokrise als Schutzengel der Besitzenden, der großen Banken und Gläubiger zu Lasten der Habenichtse und kleinen Leute. Dies ist die schlimmste Gefährdung für den Zusammenhalt Europas und der europäischen Idee.

Der Lissabon Vertrag und die gescheiterten Vorläufer zu einer Verfassung haben der Idee Europas als eine Einheit für die Bürger schweren Schaden zugefügt. Es gibt keine positive Regelung der Zuständigkeiten. Die Eurokraten greifen punktuell in alle Lebensbereiche der Bürger ein, auch die nebensächlichsten und unlogischsten wie z.B. das flächendeckende Verbot der Glühbirnen von bestimmter Wattzahl<sup>2</sup>. Aber für im Vergleich dazu wichtigen Fragen, wie z.B. die Kerosinsteuer, finden sie keine Regelung, nicht einmal für die Normung der elektrischen Stecker usw. obwohl das für die Freizügigkeit wichtiger ist. Die Eurokraten schaffen eine Parallelbürokratie zu den nationalen Bürokratien, die es jedem Handelnden immer schwieriger macht, sich zu bewegen. Das Zentrum der Geldausgaben liegt bei der Landwirtschaft. Man hat gesehen, wie sehr auch dort wieder die großen Unternehmen absahnen und die kleinen drangsaliert werden. Die anderen Ausgabepositionen und –programme wie Regionalförderung, Kohäsionsfond, Renaval usw. sind in einer obszönen Weise eine Selbstbedienung der entsprechenden Bürokratenkaste geworden, die einen Großteil der Gelder in deren Verwaltung verbrauchen. Auf Dauer kann Europa nicht zusammen gekauft werden! Die Begrifflichkeiten, mit denen die Politiker und Bürokraten hantieren, sind unbestimmt und dehnbar, so dass letztlich eine einzige Willkür dabei herauskommt. Wo es einigermaßen klare Bestimmungen und Entschlüsse gab, werden sie von den Verantwortlichen selber nach dem Motto, legal, illegal, scheißegal missachtet. Mit den Beschlüssen zum Rettungsschirm brechen die Regierungen und die EZB zumindest den Geist aller Beschlüsse und der Versprechungen, die sie bei Gründung des Euroraumes abgegeben haben: Kein bailout pleitegehender Mitgliedsstaaten, keine Transferunion über die im Europäischen Haushalt beschlossenen Haushaltspositionen hinaus, keine direkten Regierungssubventionen, keine Aufkauf von Staatsanleihen durch die EZB, Vorrang für die Preisstabilität bei der

---

<sup>2</sup> Der hohe Wärmeverlust der Glühbirnen spielt in nordischen Ländern unter Umweltgesichtspunkten kaum eine Rolle. Die Lichter werden überwiegend dann eingeschaltet, wenn ohnehin geheizt wird. Die meisten Heizkörper haben aber heute automatisch steuernde Ventile, die die Temperatur im Raum konstant halten. Sie nützen Umgebungswärme also aus. Die von Glühbirnen abgestrahlte Wärme vermindert so den Verbrauch von Heizenergie. In Ländern, in denen Energie in den Wohnungen hauptsächlich für die Klimatisierung verwendet wird, also die Kühlung, muss die abgestrahlte Wärme der Glühbirnen gerade auch mittags abgeführt werden, wenn die Fensterläden geschlossen werden. Also sind gerade da die lokalen Unterschiede wichtig für differenzierte Regelungen – wenn sie denn überhaupt notwendig wären.

Geldpolitik der EZB usw. Alles Makulatur. Völlige Unglaubwürdigkeit aller beteiligter Politiker und Finanzbeamten.

5 Italien ist ein Beispiel, wo eine Währungsunion – mit der Italienischen Einigung – und eine gemeinsame Regierung zur Unzeit über 150 Jahre keine einheitlichen Lebensverhältnisse und Standards hervorgebracht hat. Italien ist an der Last der inneren Transferunion fast pleite gegangen, bis Europa die Transfers ins Mezzogiorno übernommen hat. Der relative wirtschaftliche Abstand zwischen Nord- und Süditalien hat sich dennoch fast durchgehend vergrößert. Das ist in Europa mit den verschiedenen Währungen bisher nicht der Fall gewesen, sondern es hat eine Annäherung gegeben. Mit Übernahme des Euros ist aber zumindest Griechenland und Portugal deindustrialisiert worden. Die Währungsunion ist für diese weniger entwickelten Volkswirtschaften eine untragbare Belastung.

15 Gleichzeitig fühlen sich die Arbeitnehmer in den im Europavergleich zwar starken in Weltrelation aber absteigenden Ländern durch die legale und illegale Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt in eine verschlechterte Position gebracht. Die Nettoeinkommen sinken parallel mit der Erweiterung Europas.

20 Nur relativ wenige Länder in Osteuropa, die nach der Wende der EU beigetreten sind, fühlen, dass sie von der EU wirtschaftlich profitieren, so z.B. Polen, Tschechien, Estland, Slowakei, Slowenien. Sie sind nun die Boomstaaten, die aber den etwas früher dazu gekommenen wie Portugal, Spanien, Griechenland nun das Modell, mit billigen Löhnen zu konkurrieren, weggenommen haben. Die alten EU – Gründungsstaaten, die relativ absteigen und meist Nettozahler sind, fühlen sich durch die ständigen Zahlungen an die aufkommenden Rivalen ausgebeutet – besonders stark durch Irland, das viele Zuschüsse aus Brüssel einheimst und dann auch noch die Einnahmen der Staaten, die zahlen sollen, durch eine unfaire Steuerkonkurrenz einschränkt. Und an diesem Modell hält Irland auch dann noch fest, nachdem der Euro – Rettungsschirm mit vielen Milliarden Euro an Bürgschaften über die Banken dieses Landes ausgebreitet und diese falsche Politik damit vor dem Absturz bewahrt wurde. England hält sich fiskalisch weitgehend außen vor, indem es einen „Brittenrabatt“ ausgehandelt hat und daran auch festhält, nachdem es wirtschaftlich längst zu den Gründungsmitgliedern der EU aufgeschlossen hat. GB hat zwar im November vergangenen Jahres versprochen, Irland und damit seinen Banken, die dort auch sehr engagiert sind, finanziell zu helfen. Ich kann seitdem keinen Hinweis darauf finden, dass Höhe und Bedingungen dieser Hilfe ausgehandelt worden und Geld geflossen sei. Es drängt sich mir der Eindruck auf, dass GB die Euroländer und den IWF das machen lässt, und damit die Banken im eigenen Lande mit saniert werden.

40 Noch ist in Deutschland keine rechtspopulistische Bewegung stark geworden, die die deutschen Deutschlands an die EU als ewige Reparationen und die EU als Kontrolle Deutschlands durch die Siegermächte anprangert, obwohl es für diese Sichtweise viele Belege gibt. Die Bemerkung der ehemaligen englischen Premierministerin Thatcher als sie den Britenrabatt forderte, ist nur eine: Wir haben doch den Krieg nicht verloren.

45 Das Schlimmste ist, dass mit den Eurorettungsschirmen die Europäer in Hass aufeinander gehetzt werden. Die Griechen (als pars pro toto) schieben ihre Verantwortung Europa und darunter ganz stark den Deutschen in die Schuhe. Die angekündigte Ausplünderung ihres Landes durch europäische Institutionen á la Treuhandanstalt, den Verlust an Souveränität, hat allerdings der Eurogruppen – Sprecher Jean-Claude Juncker angekündigt. Deutschland wird zum Buh-Mann Europas, das die Verschlechterung des Einkommens der Masse der Europäer am wirkungsvollsten durchzudrücken fordert. Dabei plustern sich die Deutschen als Lehrmeister auf, obwohl sie inzwischen auch die Maastricht – Kriterien für eine solide

Haushaltsführung dauerhaft und zunehmend verfehlen: In 2010 wuchsen die deutschen Staatsschulden um zehn Prozentpunkte auf 83%<sup>3</sup> des Bruttoinlandproduktes BIP. 60 % sind als Obergrenze definiert. Deutschland weist auch jahrelang geringere Wachstumsraten des BIP als die meisten anderen europäischen Länder und gar die Schwellenländer<sup>4</sup> auf. Die Masse des Volkes fällt im Einkommen zurück. Und nur weil die Reichen einen neuen Höhepunkt ihrer Gewinneinkünfte gemessen am Anteil des Volkseinkommens<sup>5</sup> absahnen, jubeln sie und investieren zaghaft ein bisschen mehr ihrer sagenhaft weiter gestiegenen Gewinne.

Die deutschen Durchschnittsverdiener fühlen sich ausgebeutet von den als lügnerisch empfundenen und denunzierten Südländern. Es wird wieder so kommen wie bei der Entwicklungshilfe nach dem berühmten Spruch des ehemaligen NATO Generalsekretärs, dem Niederländer Luns (singgemäß): Die Armen aus den reichen Ländern zahlen für die Reichen in den armen Ländern. Aber die Armen in allen Ländern hassen sich gegenseitig, weil ihnen gesagt wird, die Armen der anderen Länder seien an ihrer Armut schuld.

Wir werden zur „Solidarität“ mit Griechenland aufgefordert. Dazu sind wir bei Erdbeben und sonstigen Katastrophen gerne bereit. Menschen helfen wir gerne. Aber wir wollen nicht dafür verantwortlich sein, dass sie verarmen – und das perverser Weise auch noch „Hilfe“ oder „Solidarität“ genannt wird. Wir müssen hier unseren Besitzern von Staatspapieren überschuldeter Länder sagen, dass unser Staat ihnen bei der Eintreibung ihrer Forderungen gegenüber Griechenland, Irland, Portugal usw. nicht hilft. Dass wir es richtig finden, wenn sie ihre Forderungen abschreiben müssen. Dass die Empfänger von Kapitaleinkommen lernen müssen, ihre Gewinne in konkrete Arbeit zu investieren oder sie die Überschüsse abgeben müssen, z.B. an die Beschäftigten ausschütten, oder die Überschüsse durch höhere Steuern auf nicht investierte Gewinne abgenommen bekommen, um die Schuldenlast in Deutschland und anderswo zu tilgen.

Wir sollten unsere Erfahrungen mit der Treuhand an die Griechen vermitteln. Sie hat fast ein ganzes Land den Reichen in Westdeutschland übereignet, Arbeitslosigkeit systematisch erzeugt und die Kosten dafür weitgehend auf die Sozialkassen abgeschoben. Wir haben auch Erfahrung, wie sich bei der Privatisierung öffentlicher Unternehmen die Korruptionsmöglichkeiten um mehrere Dimensionen noch einmal vergrößern. Wir sollten vermitteln, wie Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur deren Leistungen meist verschlechtert und verteuert sowie gleichzeitig die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten verringern.

Wir sollten dafür sorgen, dass die Umschuldungen auch der anderen überschuldeten Länder im Euroraum schnell eingeleitet wird, bevor die Banken und sonstigen Kapitalsammelstellen ihre Risikopapiere an den Staat verkauft haben. Der EZB sollte sofort wieder verboten werden, Staatsanleihen der Länder als Sicherheit anzunehmen, die damit ihre pleiten Banken gerettet haben.

Der interne Zahlungsverkehr sollte konsequent auf die Kapitalsammelstellen verlagert werden, die sich an den Spekulationen nicht beteiligt haben (in Deutschland weitgehend die Sparkassen, Reifeisen-, Volks- und Spardabanken). Die Unternehmen haben schon längst gelernt, sich durch Unternehmensanleihen direkt

---

<sup>3</sup> Quelle Statistisches Bundesamt destatis, Internet , 30.6.2011

<sup>4</sup> Daten siehe Eurostat BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards 1997 bis 2008, update 14.5.2011

<sup>5</sup> Quelle Statistisches Bundesamt destatis, Internet, Veröffentlichung: Deutsche Wirtschaft 1. Quartal 2011. Danach ist die Lohnquote am Volkseinkommen auf 63% mithin das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf 37% gestiegen. Ich kann mich nicht erinnern in Deutschland je eine so niedrige Lohnquote registriert zu haben, auch nicht zu den Zeiten, als die Selbstständigen noch ein viel höheren Anteil an den Erwerbstätigen stellten.

am Markt Geld zu beschaffen. Sollte ein Run auf die anderen, unsicher gewordenen, Kapitalsammelstellen beginnen, sollte die Bundesbank sich als Auszahlungsstelle der garantierten Beträge (50.000 Euro) in den Gebäuden der pleitegehenden Banken einmieten und das erforderliche Personal von ihnen übernehmen.

- 5 Mit den zahlungsunfähig gewordenen Staaten des Euroraumes müssen geordneten Insolvenzen ausgehandelt werden, so dass anders als bei Argentinien nicht weltweit noch Staatsvermögen nach Jahrzehnten im Ausland gepfändet werden kann. Die EU – Staaten sollen in verbindlicher Form festschreiben, dass Forderungen über die Abmachungen zur Insolvenz hinaus in ihren Territorien nicht eingetrieben werden können. Es muss aber klar sein, dass die EU für die
- 10 uneinbringbaren Schulden nicht aufkommt. Die Gläubigerpositionen müssen wertberichtigt, abgeschrieben, in einem Haircut verkürzt werden.

- Dann sollte konsequent künftig Staatsverschuldung so strikt vermieden werden wie der Teufel das Weihwasser meidet (das gilt auch für andere schuldrechtlichen
- 15 Verträge wie langjährige Mieten, Bürgschaften in Unternehmungen nach dem Prinzip ppp = public private partnership usw.).